



Palästinensische Demonstranten
im Westjordanland, Mai 2021

Krieg oder friedliche Entwicklung?

Die aktuelle Lage im Nahen und Mittleren Osten

Die Weltöffentlichkeit, vor allem jene der westlichen Staaten, konzentriert sich gegenwärtig nahezu ausschließlich auf die Ukraine. Dies mag durchaus verständlich sein. Dass aber zur gleichen Zeit im sogenannten Globalen Süden eine kaum übersehbare, auch kaum beherrschbare, Anzahl an Krisen und Kriegen existiert, gerät schon fast in Vergessenheit. Dass diese Krisen aber unmittelbare Auswirkungen auf den Rest der Welt, vor allem auf Europa, haben, sollte in Erinnerung gerufen werden. Der Nahe Osten ist nach wie vor die Krisenregion ersten Ranges.

Von **Karin Leukefeld**

Der öffentliche Blick aus den europäischen Ländern ist auf das Geschehen in der Ukraine gerichtet ist, das große Spiel um Einfluss und Kontrolle im Nahen und Mittleren Osten wird fortgesetzt. Trotz zahlreicher Gelegenheiten der Entspannung, ist eine friedliche Entwicklung nicht absehbar. Jüngstes Beispiel ist das Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen im Jemen. Nach einer sechsmonatigen Waffenruhe werden die Kämpfe fortgesetzt.

Der Wirtschafts- und Ressourcenkrieg zwischen Ost und West hat sich verschärft und macht auch vor den Ländern im Nahen und Mittleren Osten nicht halt, die seit Jahrzehnten durch Krisen und Kriege an ihrer souveränen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung gehindert werden.

Während Pipelines aus Russland nach Europa gesprengt oder abgedreht werden, erhöhen USA, EU und NATO ihren Einsatz in der arabischen Welt. Der Westen will sich die Ressourcen der Region ebenso sichern, wie die Kontrolle der Transportwege für deren Lieferung nach Europa. Die Staaten am Persischen Golf, der Straße von Hormus, dem Bab al Mandab, am Suez-Kanal und

entlang des östlichen Mittelmeers sind im Zentrum des westlichen Interesses.

Neue Kriege sind möglich

Dauerkonflikt bleibt das Atom-Abkommen mit dem Iran (JCPOA), das weiterhin von Israel bekämpft wird. Die EU, die US-Administration, Großbritannien, Russland, China und der Iran wollen das Abkommen wieder in Kraft setzen, der Text ist fertig und von allen beteiligten Seiten weitgehend akzeptiert. Die USA ist an der Unterzeichnung des Abkommens auch deshalb interessiert, weil damit Lieferung von Gas und Öl an die EU ermöglicht wird. Das wiederum ist wichtig, um die EU auf Kurs im Ukraine Konflikt und im Wirtschaftskrieg gegen Russland zu halten.

Im Falle einer Unterschrift könnte Israel seinen Schattenkrieg gegen den Iran ausweiten, mögliches Schlachtfeld eines solchen Szenarios könnte weiterhin Syrien sein. Um Israel entgegenzukommen und den Druck auf Iran unterhalb eines Krieges zu erhöhen, nutzen die US-Administration und die EU aktuell den un-

geklärten Tod einer jungen Frau auf einer Wache der iranischen Sittenpolizei und verhängen Sanktionen.¹

Die arabischen Golfstaaten erhalten Waffen und Technologie, damit sie mehr von ihrem schwarzen Gold nach Europa liefern und alternative Energie – Solar- und Wasserstoff – entwickeln, die ebenfalls nach Westen strömen sollen. Die Gasressourcen im östlichen Mittelmeer, die viele Jahre ungestört am Meeresgrund ruhten, erleben einen scharfen Wettbewerb zwischen Libanon und Israel, das auch die Gasvorkommen vor dem palästinensischen Gazastreifen beansprucht. Die Türkei droht anderen Anrainerstaaten des Mittelmeers – vor allem Griechenland und der Republik Zypern – und dringt in deren Wirtschaftszonen ein, um unter dem Schutz der türkischen Marine – die zur NATO gehört – nach Gasvorkommen zu bohren. Neue regionale Kriege sind möglich.

Der Abzug der USA als Chance

2020 begann der angekündigte Abzug der US-Kampftruppen aus dem Irak. In 30 Jahren Krieg waren Hunderttausende Menschen gestorben und große Teile des Landes waren mit Uran-abgereicherter Munition verseucht worden. Milliarden US-Dollar wurden verschlungen, Tausende US-Soldaten getötet und doch herrscht in der Region weder Frieden noch Stabilität. Um die Kontrolle nicht zu verlieren, wird der einst von US-Präsident George W. Bush verkündete „Krieg gegen den Terror“ auf niedrigem Niveau mit privaten Sicherheitsfirmen, bewaffneten Verbänden und Milizen fortgesetzt. Als Wächter dieser Entwicklung will Washington Stellvertreter seiner Wahl in Stellung bringen, damit „Die einzige Weltmacht“, so der Titel eines Buches von Zbigniew Brzezinski 1997, sich einem neuen Krieg gegen China zuwenden kann.²

Die US-Wächter für den Nahen und Mittleren Osten sollen Israel und die arabischen Golfstaaten mit der EU und der NATO werden. Seit 1987 waren einige Regionalstaaten zu „Wichtigen Verbündeten der USA außerhalb der NATO“ ernannt worden. Die sollen nun die Armeen zusammenfügen. Dazu gehören Ägypten, Israel (1987), Jordanien (1996), Bahrain (2002), Kuwait (2004), Katar (2022). Mit den Vorzügen dieser besonderen Partnerschaft sind Gelder vom Pentagon, Zugriff auf Ausrüstung und Ressourcen, gemeinsame Anti-Terror-Operationen, Zugriff auf panzerbrechende Uran-Munition und anderes verbunden. Ein lockendes Angebot.

Unter der Obama-Administration waren EU und NATO enger zusammengebracht und militarisiert worden, um in Zukunft mit Israel möglicherweise eine „Arabische NATO“ mit den Golfstaaten aufzubauen. Obama – ein guter Schüler Brzezinskis – markierte China als wirtschaftlichen Konkurrenten und Russland als strategischen militärischen Gegner. Die US-Partner in Europa und im Nahen und Mittleren Osten stellte er auf die neue Konfrontationslinie ein.

Innenpolitische Widersprüche in den USA brachten den Republikaner Donald Trump ins Weiße Haus, der Plan der Obama-Administration kam ins Stolpern. Trump agierte wie ein Geschäftsmann und suchte das Gespräch mit Russland und China. Zur Unterstützung Israels allerdings verschärfte er – unter Beratung des ehemaligen CIA-Direktors Mike Pompeo als Außenminister – den Konflikt mit dem Iran und begann mit der „Politik des maximalen Drucks“. Iran wurde mit einer Fülle von einseitigen US-Sanktionen überschüttet.

Israel erhielt freie Hand und logistische Unterstützung im Schatzenkrieg gegen den Iran. Anfang Januar 2020 gab Trump den Befehl, den Oberkommandierenden der iranischen Revolutionsgarden, Qasem Solimani und seine Begleiter, am Flughafen von Bagdad mit einem

Drohnenangriff zu töten. Trump setzte seine Familie als politische Berater ein, sein Schwiegersohn Jared Kushner, geschäftlich im Immobilien- und Bankensektor unterwegs, entwickelte das „Abraham Abkommen“, mit dem Israel und die arabischen Golfstaaten wirtschaftlich, technologisch und militärisch näher zusammengebracht werden sollten. Es dauerte einige Zeit, bis Trump-Nachfolger Joe Biden mit Hilfe seiner Berater – dem ehemaligen Team von Barack Obama – den alten Kurs wiederhergestellt hatte.

Verspieltes Vertrauen

Der US-Kurs – vor allem die militärische Unterstützung von Dschihadisten gegen die syrische Regierung seit 2011 – war sowohl von europäischen Staaten, als auch von den arabischen Golfstaaten Katar und Saudi-Arabien, von der Türkei und Jordanien unterstützt worden.³

Das Bündnis der „Freunde Syriens“ ging auf eine französisch-US-amerikanische Initiative zurück und versuchte Syrien, ähnlich wie zuvor Libyen, politisch zu Fall zu bringen.⁴

Doch der Krieg führte nicht, wie geplant, zum „Sturz des Regimes“ von Bashar al Assad, Iran und Russland sowie die libanesischen Hisbollah unterstützten die syrischen Streitkräfte. Der ehemalige Ministerpräsident und Außenminister Katars, Hamad bin Jassim bin Jaber al-Thani, räumte in einem Interview mit dem katarischen Fernsehen 2017 die umfangreichen Waffenlieferungen ein, über die die New York Times im März 2013 berichtet hatte. Katar sollte nach Absprache mit Saudi Arabien eine Führungsrolle übernehmen, im Laufe der Jahre habe man sich zerstritten.⁵

Abkehr vom Westen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in Syrien spüren alle Staaten in der Region. Dazu gehört die Belastung der nationalen Ökonomien durch Millionen syrischer Flüchtlinge, die vor allem die Türkei, Jordanien und Libanon schmerzen. Nicht zuletzt tragen die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen der EU gegen Syrien und das US-Caesar-Gesetz dazu bei, Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut zu verschärfen. Diese von den reichen Industrienationen verhängten Strafmaßnahmen sollen Syrien und seine Verbündeten isolieren, sorgen aber vor allem für eine enorme Verelendung der Bevölkerung. Die USA haben offiziellen Angaben zufolge 900 Soldaten auf syrischen Ölfeldern stationiert und verhindern, dass Syrien Zugang zu den eigenen Ressourcen – Öl und Gas – im Nordosten des Landes hat. Die illegale US-Basis Al Tanf auf syrischem Territorium blockiert einen wichtigen Grenzübergang mit dem Irak und Jordanien. Die Strafmaßnahmen fördern Schmuggel und Korruption, was die Preise in die Höhe treibt. Sie verhindern den regionalen Handel, der durch Syrien verläuft. Sie verhindern Investitionen für den dringend erforderlichen Wiederaufbau des Landes, weil Investoren mit dem Einfrieren ihrer Vermögen rechnen müssen, wenn sie Geschäfte mit und in Syrien tätigen.

Die einseitigen Strafmaßnahmen von EU und USA sind völkerrechtlich nicht zulässig. Laut UN-Charta kann nur der UN-Sicherheitsrat solche schwerwiegenden und schädigenden Maßnahmen beschließen.

Die Entwicklung des Syrienkrieges, die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen, der plötzliche Rückzug aus Afghanistan und die Verhinderung einer Normalisierung der Beziehungen mit Syrien, wie beispielsweise die Rückkehr des Landes in die Arabische Liga, ha-

1 [Link: https://youtu.be/8gzrbcw6Bc](https://youtu.be/8gzrbcw6Bc)

2 <https://www.buchkomplizen.de/buecher/politik/aussenpolitik/die-einzige-weltmacht.html>

3 <https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/interactive/2013/03/25/world/middleeast/an-arms-pipeline-to-the-syrian-rebels.html>

4 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/salafisten.html>

5 <https://kashmiroserver.net/2017/10/31/interview-of-former-qatar-pm-confessing-role-in-syrian-war-goes-viral/>

19th KlezMORE* Festival Vienna 2022

*Klezmermusik vom Feinsten

www.klezmore-vienna.at

Festival-Info: +43 676 512 91 04

In Kooperation mit:



HAUPTSPONSOR



5.-20. November 2022

ben im Nahen und Mittleren Osten zu einer deutlichen Abkehr von der EU und den USA geführt. Die Idee einer „Arabischen NATO“ wird von den arabischen Golfstaaten abgelehnt. Die reichen Golfemirate verfolgen inzwischen eine eigene Strategie und haben in den vergangenen Jahren ihre Beziehungen mit China, Indien und Russland ausgebaut. Das chinesische Projekt der Neuen Seidenstraße verspricht vor allem wirtschaftliche Entwicklung und findet bei den Ländern im Nahen und Mittleren Osten große Zustimmung. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben ihre Beziehungen zu Syrien und Iran wiederaufgenommen, Saudi-Arabien führt – vermittelt durch den Irak – Gespräche mit dem Iran.

Die neue Kraft aus dem Osten

Russland und China haben seit Beginn des Syrienkrieges ihre Beziehungen in der Region ausgebaut. Russland vermittelt zwischen den verfeindeten Seiten in Syrien und holte zahlreiche regionale Akteure zur Unterstützung an den Tisch. Bei der Intervention in den Syrienkrieg 2015 formte Russland sofort eine militärische Koordination mit Syrien, Irak, Iran und mit der libanesischen Hisbollah. Mit den USA und Israel wurde eine telefonische Hotline vereinbart, um gegenseitige militärische Konfrontation zu vermeiden.

Das Engagement in Syrien – diplomatisch und militärisch – hat Russland in der Region viel Anerkennung gebracht. Im Juli 2019 legte Moskau in der UNO einen umfassenden Plan zur regionalen Sicherheit in der Persischen Golfregion vor, der von Iran aufgegriffen und regional diskutiert wurde. Der Westen ging nicht auf die Initiative ein.⁶

⁶ <https://tass.com/world/1070933>

Sowohl Russland als auch China schlossen umfangreiche wirtschaftliche und militärische Abkommen mit dem Iran. Im Juli 2022 wurde Iran als neuntes Mitglied in die Shanghai Organisation für Kooperation aufgenommen.⁷

Stabilität und Entwicklung

Die reichen Regionalstaaten haben erkannt, dass die Region Stabilität und Entwicklung braucht. Sie könnten die Chance des US-Rückzugs und die vom Westen priorisierten Konflikte in der Ukraine und um Taiwan nutzen, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Auch die von Krisen und Kriegen geschwächten Staaten der Region – Irak, Syrien, Libanon und Jemen – wenden sich nach Osten. Syrien und Irak haben wirtschaftliche Vereinbarungen mit China unterzeichnet. Libanon, Jemen und die Palästinenser könnten durch ihre Beziehungen zum Iran indirekt von den großen östlichen Ländern profitieren. Vieles deutet darauf hin, dass ein eigener Weg gelingen könnte, wenn Iran und Saudi-Arabien auf einander zugehen und wenn Israel gestoppt werden kann, neue Kriege zu führen.

Das militärische Engagement in der Ukraine und der Wirtschaftskrieg gegen Russland haben die EU verletzlich gemacht. Ihre Spitzenpolitiker reisen durch die Welt auf der Suche nach Öl und Gas, das Jahrzehntelang und immer sicher von Russland geliefert worden war. Die wirtschaftliche Schwäche der EU und ihr Mangel an Energie bieten für die Länder im Nahen und Mittleren Osten eine Chance, eigene Forderungen zu stellen. Die starken Be-

⁷ <https://www.aljazeera.com/news/2022/9/15/iran-signs-memorandum-join-shanghai-cooperation-organisation>

ziehungen der Region zu China und Russland könnten neuen Spielraum für mehr Unabhängigkeit und neue Entwicklungen schaffen.

Noch ist es nicht so weit und ob die Entwicklungen diesen für die Region positiven Kurs einschlagen wird, ist nicht ausgemacht. Ein Beispiel könnte der Konflikt zwischen Libanon und Israel um die Markierung der südlichen Seegrenze des Zedernstaates sein. Dort befinden sich Gasfelder, die sowohl von Israel als auch von Libanon beansprucht werden. Libanon schlug vor, beide Seiten sollten ihre Ansprüche auf bestimmte Gasfelder beschränken und die Seegrenze in einer Art Zickzack-Linie um die Gasfelder (Karish, Qana) herumführen. Als Israel ankündigte, im September mit der Förderung auf dem Karish Gasfeld zu beginnen, drohte der Generalsekretär der Hisbollah Hassan Nasrallah, man werde das nicht zulassen, sollte nicht auch Libanon seine Gasfelder ausbeuten dürfen. „Wenn Libanon kein Gas hat, wird auch Israel kein Gas haben“, so Nasrallah und drohte mit der Zerstörung der Karish Plattform. Auf Bitten der Betreiberfirma verschob Israel „wegen technischer Probleme“ die Förderung ohne neues Datum auf Oktober.

Nun haben die USA einen Vermittlungsvorschlag vorgelegt, der – so libanesischen Medien – die libanesischen Forderungen aufgenommen haben soll. In Israel heißt es in Medien, Nasrallah habe sich mit seiner Androhung einer militärischen Operation gegen die israelische Gasplattform durchgesetzt.⁸

Zum Beispiel Palästina

Die Lebensrealität in den durch Krisen und Kriege verwüsteten Ländern der Region wird sich auf absehbare Zeit kaum verbessern. Das Beispiel Palästina zeigt, wie lange politische Blockaden und interessengeleitetes Handeln sich hinziehen können und nicht nur Staaten und Völker, sondern auch ganze Landstriche vernichten. Aus Obst- und Olivenhainen, aus Getreide- und Baumwollfeldern wurden Schlachtfelder, beschreibt ein Gesprächspartner die Auswirkungen der Kriegswirtschaft im ehemaligen Palästina. Das bestand bis zum Beginn der britisch-französischen Teilung der Region aus Syrien, Libanon und Palästina.

Palästina existiert als Staat trotz des Oslo-Abkommens nicht. Ein großer Teil der Bevölkerung besteht aus Flüchtlingen in den Nachbarländern oder im eigenen Land. Der Gazastreifen besteht nicht nur aus Flüchtlingslagern, sondern gleicht einem großen Gefängnis. Die Fischer dürfen nicht einmal in der palästinensischen Wirtschaftzone fischen, die Gasvorkommen vor der Küste Palästinas werden von Israel beansprucht. Es gibt keine Verbindung zwischen dem Gazastreifen und den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland und Ostjerusalem. Die Grenzen von Gaza nach Israel und nach Ägypten sind meistens geschlossen.

Der Alltag in den besetzten palästinensischen Gebieten ist durch eine Infrastruktur der Apartheid geprägt. Straßen, Strom- und Wasserversorgung, Arbeitsmöglichkeiten, Dörfer, Felder, Obstplantagen sind in solche für die jüdischen Siedler und solche für die Palästinenser zerteilt. Palästina hat keine Armee, keine eigene Ökonomie, es gibt keine Bewegungsfreiheit. Das Leben der Palästinenser ist durch Repression geprägt. Ihre Häuser werden zerstört, die Jugend wird, wenn sie sich wehrt, festgenommen oder erschossen. In den Lagern werden die Menschen von Hilfsorganisationen mit dem Nötigsten versorgt. Bildung und gesundheitliche Versorgung werden vom UN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge übernommen. Schülerinnen und Schüler, die einen guten Abschluss haben, finden keine Arbeit oder Fortbildung.

Palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachfahren leben seit ihrer Vertreibung durch jüdische Milizen (1948) und die israelische Armee (1967, 1973) in den Nachbarländern Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon. Der Krieg in Syrien hat mehr als die Hälfte der syrischen Palästinenser in den Libanon oder nach Jordanien vertrieben. Hier leben sie in Flüchtlingslagern in Armut unter schweren Bedingungen. Selbst unter einander gibt es in Jordanien noch Unterschiede zwischen denen, die aus dem Gazastreifen kommen und jenen, die aus dem besetzten Westjordanland stammen. Im Libanon erinnerte man sich erst kürzlich an das Massaker von Sabra und Schatila, bei dem die israelische Armee, die 1982 bis Beirut vorgezogen war, Wache stand. In und um die Flüchtlingslager der Palästinenser im Libanon hat sich eine unübersichtliche Schattenwirtschaft entwickelt. Mangels einer starken Regierung im Zedernstaat weitet sich das durch die Flüchtlinge aus Syrien, viele von ihnen syrische Palästinenser, aus. Doch nicht nur die Palästinenser leben in der Region ohne Perspektive.

Was von europäischen Hilfsprojekten übrig bleibt

Millionen Menschen aus Palästina, Irak und Syrien leben heute in Lagern, wo sie mit milliardenschweren westlichen Almosenprogrammen auf niedrigem Niveau am Leben gehalten werden. Mit Erfahrungen aus mehr als 70 Jahren Besatzungspolitik gegen die Palästinenser liefert Israel dem Westen Know-How in der Kontrolle von Flüchtlingslagern in der Region und darüber hinaus. Arbeitsverbote, Blockaden und ausgefeilte Überwachungsprogramme zwingen die Menschen in die Lager und berauben sie ihrer Bewegungsfreiheit. Sie können weder in ihre Heimat zurückkehren noch entkommen. Weil westliche „Geberländer“ es verhindern, wird das Geld für Hilfsorganisationen und Programme, einschließlich der Vereinten Nationen nicht dafür eingesetzt, den Menschen eine Zukunft in Würde in ihrer Heimat zu sichern, sondern dafür, dass sie heimatlos und in Lagern bleiben.

Der Tod von mindestens 99 Menschen Ende September, die mit einem völlig überfüllten Boot im Norden Libanons gestartet waren und vor der Küste Syriens kenterten, war nur wenige Tage eine Meldung wert. Unter den Toten waren 24 Kinder und 31 Frauen, 20 Menschen wurden lebend geborgen. Die Zahl der Vermissten ist unklar, sie werden ertrunken sein. Über die Hintergründe der Verzweiflung, die diese Menschen zu der lebensgefährlichen Reise trieb, erfährt die Öffentlichkeit wenig. An Bord des Unglücksschiffes waren Palästinenser, Syrer und Libanesen.

Hilfsorganisationen klagen, die Menschen bräuchten mehr Hilfe und legale Wege, um „in ein Drittland“ auswandern zu können. Die Pressestelle des außenpolitischen Dienstes der Europäischen Union zeigte sich in drei Sätzen „tief betrübt“ über das Kentern des Schiffes. Die EU stehe „an der Seite der Libanesen, Syrer und Palästinenser“ und bleibe „entschlossen, ihnen bei der Überwindung der Krisen zu helfen, die Flüchtlinge in der Region zu unterstützen und den Schmuggel von Migranten zu bekämpfen.“⁹

Diese Ansätze sind falsch und die 99 Toten sind das Beispiel dafür. Lager, Hilfsprogramme, mehr Kampf gegen Schmuggel haben seit Jahrzehnten den Menschen in Palästina kein Leben in Würde und Sicherheit gebracht. Und Palästina ist nur ein Beispiel. 🌐

Karin Leukefeld, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin im Mittleren Osten tätig. Seit 2010 in Syrien akkreditiert.

E-Mail: karin@leukefeld.net, www.leukefeld.net

⁸ <https://english.almayadeen.net/news/politics/maritime-demarcation-negotiations-very-positive-bou-saab>

⁹ https://www.eeas.europa.eu/eeas/syria-statement-spokesperson-tragic-capsizing-boat_en